

Zoff um einen Flyer des Nein-Komitees

Gegner der Steuergesetzrevision verschweigen Kosten für Versicherungsabzug – SP-Co-Präsident verteidigt Argumentation.

Mathias Küng

Dieser Zeitung liegt ein Flyer des Komitees «Nein zum Aargauer Steuer-Bschiss» vor, der in Oberlunkhofen verteilt wurde. Es geht darin um die kantonale Steuervorlage vom 15. Mai. Unterzeichnet ist der Flyer vom SP-Bezirkspräsidenten und neu gewählten Co-Präsidenten der SP Aargau, Stefan Dietrich. Darin wird die Bevölkerung gewarnt, dass ihre Gemeinde mit der Steuervorlage nächstes Jahr 146 046 Franken weniger Einnahmen hätte. Die Zahl stammt vom Kanton. Die zitierte Zahl steht für die Mindereinnahmen bei der Firmensteuer und für den höheren Versicherungsabzug zusammen (vgl. Box). Das liest man auf dem Flyer aber nicht. Hier ist ausschliesslich die Rede von der Firmensteuersenkung. Das gilt auch für weitere der Redaktion vorliegende Flyer aus dem Bezirk, nämlich für Berikon, Bremgarten und Oberwil-Lieli.

Befürworter: «der grössere Anteil wird verschwiegen»

Der FDP-Fraktionschef im Grossen Rat und Mitglied des Pro-Komitees, Silvan Hilfliker, ärgert sich: «Mich stört, dass hier verschwiegen wird, dass der grössere Anteil der Mindereinnahmen durch den höheren Versicherungsabzug ausgelöst wird.» Deshalb die Frage an Stefan Dietrich: Müsste man die Zahl des Kantons nicht korrekt zitieren? Stefan Dietrich sagt dazu: «Wir haben nicht etwas weggelassen, sondern wir fokussieren im Flyer auf den Haupt-

punkt. Das sind die Steuergeschenke für 1300 Firmen. Einer Mittelstandsfamilie bringt die Vorlage vielleicht 20 bis 25 Franken Entlastung im Monat. Längerfristig müssen dann aber alle die Verluste bei den Firmensteuern zahlen. Deshalb ist das ein Bschiss. Das zeigen wir auf.»

Mit dem Flyer schaffe man Transparenz und zeige, wie viel Geld einer Gemeinde fehlen würde, «was wir verhindern wollen». Für die Gemeinde sei relevant, wie viel fehlt: «Denn es drohen Leistungskürzungen oder höhere Steuern.»

Droht das wirklich in der Gemeinde Oberlunkhofen mit

1,43 Millionen Franken Überschuss im Jahr 2021? Dietrich: «Oberlunkhofen ist nicht repräsentativ für die Mehrheit der Aargauer Gemeinden. Es gibt sehr viele Gemeinden, in denen die Firmensteuern bedeutend mehr ausmachen, etwa in Bremgarten.»

Befürworter: Entlastung ist jetzt besonders wichtig

Ganz anders sieht dies Silvan Hilfliker. Er wohnt in Oberlunkhofen und hat den Flyer selbst auch bekommen: «Mich stört, dass hier einerseits die «bösen Grossunternehmen» an den Pranger gestellt werden, und an-

dererseits verschwiegen wird, dass der grössere Anteil der Mindereinnahmen durch den höheren Versicherungsabzug ausgelöst wird, von dem alle Steuerpflichtigen profitieren. Diese Entlastung für die natürlichen Personen ist jetzt, da aufgrund des Ukrainekriegs die Energiekosten noch stärker steigen und die Inflation deutlich ansteigt, besonders wichtig.» Ihn stört weiter, dass mit Mindereinnahmen «Angstmacherei» betrieben werde. Die Berechnungen des Kantons zeigten demgegenüber, «dass die Einnahmen der Gemeinden mit der Vorlage tatsächlich langsamer steigen,



Stefan Dietrich, SP-Bezirks- und neuer kantonaler Co-Präsident.

Bild: Henry Muchenberger

aber sie steigen weiterhin.» Er ist überzeugt, dass die Firmensteuern langfristig wieder steigen, «wenn der Aargau dank einem Ja steuerlich deutlich attraktiver wird».

Flyer in insgesamt 46 Gemeinden

Laut SP-Grossrätin und Co-Präsidentin des Nein-Komitees Carol Demarmels wurden in 46 der 200 Aargauer Gemeinden Flyer verteilt: «Damit erreichen wir rund einen Drittel der Bevölkerung.» Das Komitee habe nicht gezielt besonders betroffene Gemeinden ausgewählt, sondern die Aktion dort durchgeführt, wo sich Parteisektionen zur Übernahme der Kosten bereit erklärten: «Wir hätten das gern in allen Gemeinden gemacht, doch ein Promo-Versand im ganzen Aargau wäre zu teuer geworden.»

Demarmels hinterfragt die Berechnungen des Kantons nicht nur bezüglich dynamischer Effekte («reines Kristallkugellesen»), sondern auch zu den Grundannahmen wie der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts: «Wegen des Ukrainekriegs sinken die Prognosen ja schon wieder.» Auch in Demarmels' Gemeinde Obersiggenthal wurde ein Flyer verteilt. Dort wird allerdings darauf verwiesen, dass sich die errechneten Steuerausfälle auf beide Teile der Steuervorlage beziehen.

WWW.

Das heisst die Vorlage für jede Gemeinde: aargauerzeitung.ch

Das Beispiel Oberlunkhofen

Folgen der Steuervorlage Im Flyer argumentiert das Komitee «Nein zum Aargauer Steuer-Bschiss» mit dem Kanton für das Jahr 2023 prognostizierten Steuerausfällen von 146 046 Franken für Oberlunkhofen, falls die Vorlage angenommen wird. Diese Zahl bezieht sich auf die Ausfälle wegen der sinkenden Firmensteuer bei einem Ja zur Vorlage, aber auch auf die Ausfälle infolge des höheren Versicherungsabzugs für natürliche Personen. Die Ausfälle setzen sich so zusammen: 116 585 Franken infolge des höheren Versicherungsabzugs, 44 586 Franken infolge der sinkenden Firmensteuern. Da der Kanton die Firmensteuer ausfälle vier

Jahre lang finanziell teilweise kompensiert, bekommt die Gemeinde für die Firmensteuern 2023 vom Kanton 15 125 Franken zurück. Die Ausfälle bei Firmensteuern und Versicherungsabzug zusammen für 2023 betragen auf Berechnung des Kantons 146 046 Franken. Dies bei erwarteten Steuereinnahmen von 7,775 Millionen Franken ohne bzw. von 7,629 Millionen Franken mit Steuerrevision. Laut Berechnung des Kantons steigen die Steuereinnahmen von Oberlunkhofen 2023 trotz Steuersenkung gegenüber 2021 um 1,9 Prozent. Oberlunkhofen erwirtschaftete letztes Jahr einen Überschuss von 1,433 Millionen Franken. (mku)

Das Beispiel Bremgarten

Folgen der Steuervorlage In einem weiteren Flyer argumentiert das Nein-Komitee mit den vom Kanton für das Jahr 2023 prognostizierten Steuerausfällen von 731 497 Franken für Bremgarten, falls die Vorlage angenommen wird. Diese Zahl bezieht sich (wie im Beispiel Oberlunkhofen) auf die Ausfälle aufgrund der sinkenden Firmensteuer, aber auch auf die Ausfälle infolge des höheren Versicherungsabzugs für natürliche Personen. Die Ausfälle setzen sich so zusammen: 463 120 Franken infolge des höheren Versicherungsabzugs, 406 156 Franken infolge der sinkenden Firmensteuern. Da der Kanton die Firmensteuer ausfälle vier

Jahre lang finanziell teilweise kompensiert, bekommt das Reuss-Städtchen für 2023 vom Kanton 137 779 Franken zurück. Die Ausfälle bei Firmensteuern und Versicherungsabzug für 2023 betragen zusammen also laut Berechnung des Kantons 731 497 Franken. Dies bei erwarteten Steuereinnahmen von 24,779 Millionen Franken ohne bzw. von 24,048 Millionen Franken mit Steuerrevision. Laut Berechnungstabelle des Kantons steigen die Steuereinnahmen von Bremgarten 2023 trotz Steuersenkung gegenüber 2021 um 1,4 Prozent. Bremgarten erwirtschaftete letztes Jahr einen Überschuss von rund 1,6 Millionen Franken. (mku)

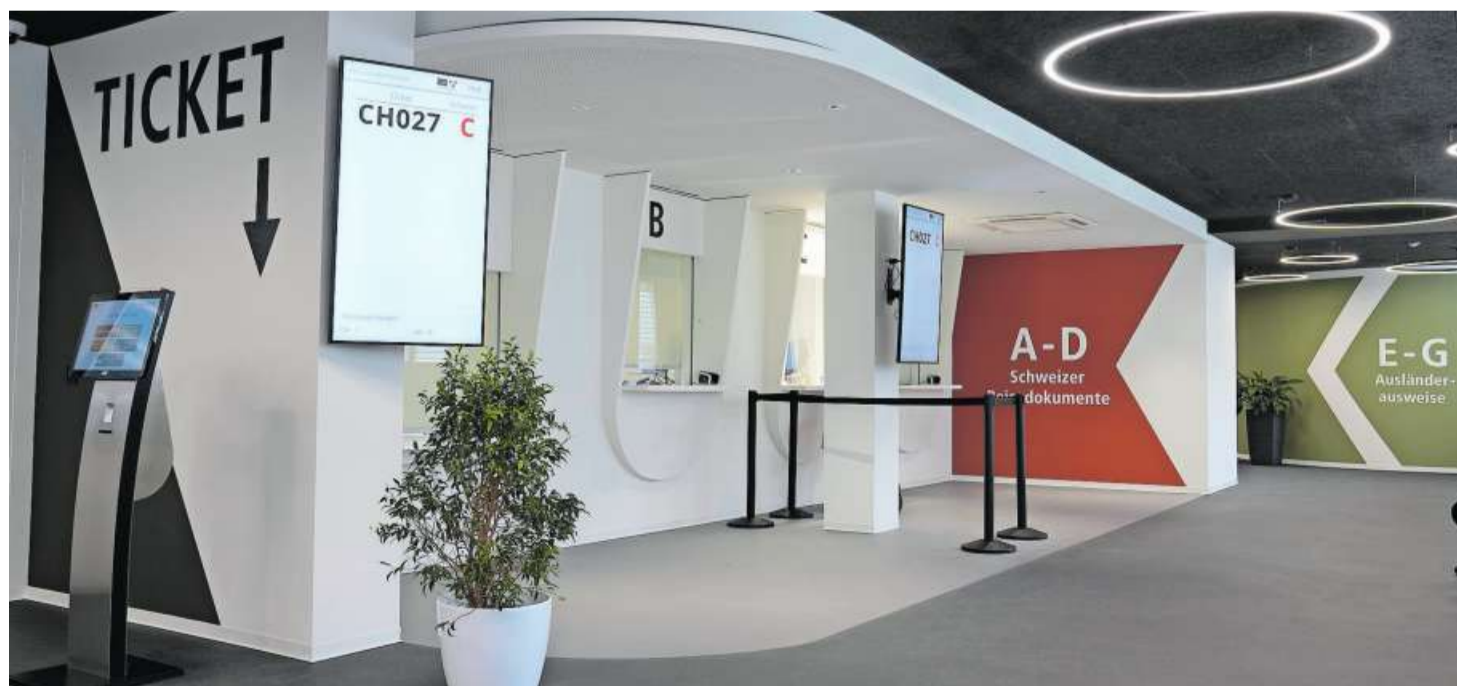
So profitieren Kunden vom «Fenster zur Verwaltung»

Der Umbau in vier Etappen dauerte über ein Jahr, jetzt sind die Arbeiten im Ausweiszentrum Aargau abgeschlossen.

Dominic Kobelt

Bis zu 100 000 Personen werden im Ausweiszentrum Aargau pro Jahr bedient – seit 2021 werden hier nicht nur Anträge für Schweizer Pässe, sondern auch die Daten für Ausländerausweise erhoben. Dass sämtliche Ausländerausweise auf Papier durch einen neuen nationalen Ausweis in Kreditkartenform abgelöst wurden, hat zu einem Anstieg geführt. Im Zug des gleichen Projekts fand die Ausweitung auf die EU- und Efta-Staaten statt.

«Weil zwei Bereiche zusammengelegt wurden, mussten die bisherigen Räumlichkeiten umgebaut werden», erklärt Regierungsrat Dieter Egli am Montag bei der Medienkonferenz. Gleichzeitig wurde überprüft, wie gut die Aufgaben bisher erfüllt werden konnten und wo Optimierungen möglich sind. Neben Reisedokumenten und Ausländerausweisen stellt das Ausweiszentrum Dokumente des internationalen Rechtsverkehrs (z.B. Überbeglaubigungen), und Bewilligungen im Zusammenhang mit dem Reisengewerbe aus, etwa für Schausteller. «Das Ausweiszen-



Auch optisch kommt das Ausweiszentrum moderner daher.

Bild: Dominic Kobelt

trum Aargau ist ein wichtiger Kontaktpunkt der Verwaltung für die gesamte Aargauer Bevölkerung», so Egli. Deshalb sei das Ausweiszentrum – früher Pass- und Patentamt – auch so etwas wie ein Fenster der Bevölkerung zur Kantonsverwaltung.

Kundenzufrederlicher und barrierefrei

Mit einem Farbsystem (rot für ID und Pass, grün für Ausländerausweise, gelb für Apostillen und Beglaubigungen), werden die Kundinnen und Kunden geleitet. Die Wartenden werden durch ein Ticket-System, wie

man es etwa von den Postschaltern kennt, an die Schalter zugeleitet. Die Wartebereiche sind grosszügiger und moderner gestaltet worden. Besonders vom 1,7 Millionen teuren Umbau profitieren aber Menschen mit einer Beeinträchtigung. Dank dem Umbau ist es für

Menschen mit Behinderung nun einfacher, den Pass oder die ID zu erneuern, weil sich die Schalter als auch die entsprechenden Kabinen zur Erfassung der Daten im Erdgeschoss befinden. «Die Kundschaft soll sich wohlfühlen, und der Zugang muss für alle Bevölke-

runksgruppen möglich sein», fasst Marcel Wüest, Leiter Ausweiszentrum, zusammen. «Bei der Umsetzung hat uns die Organisation Procap unterstützt», sagt Wüest. Neben den rollstuhlgängigen Schaltern gibt es auch abgetrennte Erfassungsstationen, und Fotos können auch mit einer mobilen Kamera aufgenommen werden. Zudem gibt es jetzt auch behindertengerechte Toiletten.

Weil die Datenerfassung für Schweizer Reisedokumente und Ausländerausweise zusammengelegt wurde, konnte eine Stelle oder rund 80 000 Franken eingespart werden. Zudem kann so die Arbeit etwas besser verteilt werden. Denn die Erneuerung von Pässen und Identitätskarten erfolgt in Wellenbewegungen. «Das hat damit zu tun, dass viele erst merken, dass sie ihren Ausweis erneuern müssen, wenn sie Ferien planen», erklärt Andreas Bamert, Leiter Abteilung Register und Personalbestand. Zudem schwankt die Zahl der ausgestellten Dokumente auch von Jahr zu Jahr erheblich, und so werden im Ausweiszentrum zwischen 20 und 30 Leute beschäftigt, je nach Auslastung.